

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Siegfried Vergin MdB zum Zwischenbericht der Bundesregierung "Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit": Statt zu handeln, werden Schuldige gesucht.

Seite 1

Hermann Benker MdL zur Diskussion um die Bundeswehrplanung: Die 370.000 Mann lassen sich nicht halten.

Seite 3

Dr. Elke Leonhard MdB zur Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik: "Recht und Gerechtigkeit ist die Sehnsucht, die durch unsere Zeit geht".

Seite 3

48. Jahrgang / 27

9. Februar 1993

### Statt zu handeln, werden Schuldige gesucht Zum Zwischenbericht der Bundesregierung "Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit"

Von Siegfried Vergin MdB  
Sprecher der Projekt-Arbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-Bundestagsfraktion

Der Zwischenbericht der Bundesregierung zur "Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" ist enttäuschend und völlig unzureichend. Dieser Zwischenbericht dokumentiert vor allem die absolute Unfähigkeit der Bundesregierung zur Selbstkritik.

Die Sprache des Zwischenberichtes ist verräterisch. Während auf der einen Seite von einer nicht auf handelnde Personen bezogenen demokratischen Politik die Rede ist, richtet die Bundesregierung auf der anderen Seite ihre Forderungen an Personen und Institutionen, die junge Menschen prägen und ihnen Werte vermitteln. Die Menschen, die die Politik unseres Staates zur Zeit in großem Maße und an verantwortlicher Stelle bestimmen, sind die Mitglieder dieser Bundesregierung. Der Bericht nennt diese Personen nicht beim Namen, sondern spricht von der anonymen, abstrakten Politik.

Die Ursachenanalyse enthält nicht die Spur einer kritischen Reflexion über mögliche Fehler der Regierung. Nichts von den falschen Versprechungen, mit denen Kanzler Kohl eine Vertrauenskrise zumindest verschärft hat, nichts von den falschen Signalen, die Rechtsradikale als Ermutigung auffassen konnten. Keine kritische Anmerkung zur Art der Diskussion über das deutsche Asylrecht.

Zu Recht wird in dem Bericht darauf verwiesen, daß wichtige Zuständigkeiten im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, des Polizeirechts, der Kultur bei den Ländern angesiedelt sind. Das rechtfertigt allerdings nicht, daß sich die Bundesregierung selbstzufrieden zurücklehnt und andere zum Handeln auffordert.

Die Medienschelte, die die Bundesregierung betreibt, ist ein weiteres Indiz für die Tendenz des Berichtes, möglichst viel Verantwortung von sich zu schieben. Natürlich müssen wir über die Rolle der Medien im Zusammenhang mit Gewalttaten nachdenken. Dazu ist aber ein Dialog mit den Verantwortlichen allemal sinnvoller als eine Beschimpfung, die wohl vor allem dazu dienen soll, von eigenen Versäumnissen abzulenken.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet vom Umwelt  
mit wertvollem Recycling-Papier



An einigen Stellen in diesem Zwischenbericht schlägt das Bemühen, Selbstkritik auszusparen, in eine Verhöhnung der eigenen Politik um. Hohn ist es, wenn die Bundesregierung feststellt, in den neuen Bundesländern sei es von größter Bedeutung, Räumlichkeiten für Jugendclubs und Jugendgruppen zur sinnvollen gemeinsamen Freizeitbetätigung zu schaffen. Die Jugendeinrichtungen, die bestanden haben, sind bis 1992 um 39,8 Prozent zurückgegangen. Die Bundesregierung weiß, daß Länder und Kommunen in den neuen Ländern finanziell nicht in der Lage sind, dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegenzusteuern. In dieser Situation die Schaffung solcher Einrichtungen zu fordern, ohne auf die konkreten Bedingungen einzugehen und ohne den Abbau früher vorhandener Einrichtungen zu erwähnen, ist geradezu zynisch.

Zynisch ist es auch, auf der einen Seite zu berichten, daß in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Teil der Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgebaut und finanziert wurde, ohne auf der anderen Seite über die Sparmaßnahmen der Bundesregierung in diesem Bereich Rechenschaft abzulegen. Die Bundesregierung ist es doch, die gerade hier den Rotstift angesetzt hat. Die Forderung an Länder und Gemeinden verstärkt in die Finanzierung der ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben einzutreten, ist unrealistisch. Wieder zieht sich die Bundesregierung auf die eingeschränkte Bundeszuständigkeit zurück, erhebt Forderungen an Länder und Gemeinden und weiß doch sehr genau, daß dies nicht der Leistungsfähigkeit der Länder und Gemeinden in den neuen Ländern entspricht. Die Bundesregierung nimmt also billigend in Kauf, daß die Notwendigkeiten, die sie selbst für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus sieht, nicht erfüllt werden können. Statt zu handeln sucht sie Schuldige.

Kein Wort verliert die Bundesregierung in ihrem Zwischenbericht über die Notwendigkeit eines veränderten Staatsbürgerbegriffes in der Bundesrepublik Deutschland. Kein Wort über Einbürgerung, Einwanderungsgesetz, kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Das Wort Wohnungen taucht im Zwischenbericht der Bundesregierung überhaupt nicht auf. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die durch die Januar-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit nur allzu dramatisch deutlich geworden ist, spielt für die Bundesregierung offensichtlich keine Rolle, wenn es um eine Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geht.

Die Frage nach einer größeren Beteiligung der Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen wird nicht diskutiert.

Einen großen Teil des Zwischenberichtes nehmen die Maßnahmen im Bereich von Polizei, Verfassungsschutz und Innere Sicherheit ein. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, daß die Bundesregierung sich nicht vor allem mit den sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Ursachen auseinandersetzen will, sondern strafrechtliche Maßnahmen für besonders geeignet hält, des Problems Herr zu werden.

Der Zwischenbericht wird der Tatsache, daß die Gewalttaten der letzten Monate neue, verstärkte Anstrengungen, Phantasie und Energie erfordern, nicht gerecht. Der Sozialabbau und seine Folgen werden von der Bundesregierung als Ursache nicht aufgegriffen. Stattdessen klopft sie sich selbst auf die Schultern für das, was sie in den letzten Monaten und Jahren getan hat, ohne die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß dies ja ganz offensichtlich nicht ausgereicht hat.

Es ist beabsichtigt, den Bericht fortzuschreiben, läßt die Bundesregierung verlauten. Fortschreiben allein reicht aber nicht. Die Bundesregierung muß über neue Ansätze, über die eigene Politik und über langfristige Perspektiven, die über die Verschärfung bestehender Gesetze hinausgehen, endlich nachdenken und daraus eine handlungsfähige Offensive entwickeln. Ich rate der Bundesregierung nochmals dringend, in die Debatte und Beratung mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages einzutreten.

(-/9. Februar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die 370.000 Mann lassen sich nicht halten**  
**Zur Diskussion um die Bundeswehrplanung**

Von Hermann Benker MdL

**Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein**

Die 370.000 Mann lassen sich nicht halten. Das hat die SPD seit langem gesagt und fordert ebenfalls seit Jahren ein Konversionsprogramm des Bundes. Ein Versprechen, das die Bundesregierung immer noch nicht eingelöst hat.

Auch die von Verteidigungsminister Rühle jetzt genannte Zahl von 320.000 Soldaten wird nur eine Übergangszahl sein. Die Bundesregierung sagt immer noch nicht die ganze Wahrheit.

Diese Salami-Taktik beim Abbau der Bundeswehr schafft nur Unsicherheit bei den Beschäftigten und in den Standortgemeinden. Der plötzlich bekannt gegebene Auftragsstopp verunsichert zusätzlich Zulieferer und Industrie.

Diese Informationstaktik ist unseriös. Sie verhindert die konkrete politische Planung im Land und bei den Kommunen sowie geeignete Maßnahmen bei der Wirtschaft. Nur auf der Basis verlässlicher Informationen können die Konversionsbemühungen in den Standortgemeinden und bei den Zulieferbetrieben eingeleitet werden.

(-/9. Februar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**"Recht und Gerechtigkeit ist die Sehnsucht, die durch unsere Zeit geht"**  
**Zur Rolle des Zentrums von der Gründung bis zum Ende der Weimarer Republik**

Von Dr. Elke Leonhard MdB

**Stellvertretende Vorsitzende der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)**

Als die Zentrumspartei im Oktober 1870 gegründet wird, verabschiedet sie ein Programm, das trotz des Schwergewichts auf Interessenwahrung der katholischen Bevölkerung Deutschlands durchaus das Selbstverständnis einer politischen Partei spiegelt: Die Parteigründer Windthorst, Ketteler, Mallinckroth und die Brüder Reichensperger plädieren für Verfassungstreue, Sicherung der verfassungsmäßigen Bürgerrechte, Beibehaltung der föderativen Reichsstruktur und eine ausgewogene Sozialpolitik mit gerechtem Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Nach 63 Jahren endete im Juli 1923 die Geschichte des Zentrums mit Selbstauflösung. Zu fragen bleibt, welche Entwicklungen die Geschichte der Partei prägten, aber mehr noch, warum die Reichstagsmitglieder jener Partei, die an allen Regierungen der Weimarer Republik bis 1932 beteiligt war, ihre positiven christlichen Werte der Freiheit und Humanität bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten ignorierten und damit der faschistischen Diktatur den Weg ebneten.

Die neue Partei durchbrach das dreipolige Parteiensystem aus demokratischer Linken, gemäßigten Liberalen und bürgerlicher Rechten, das seit der Frankfurter Nationalversammlung des Jahres 1848 bestand, schloß die Lücke zwischen liberaler und konservativer Wählerschaft. Das Spektrum ihrer Anhänger reichte von christlichen Gewerkschaftern, Bauern und katholischen Klerikern bis zu höheren Beamten und Angehörigen des Hochadels.

Die Konfrontation mit der politischen Führung des Deutschen Reiches, das 1871 - kurze Zeit nach Bildung der Zentrumspartei - gegründet wurde, war programmiert: In der Reichsbildung manifestierte sich die hegemoniale Stellung der protestantisch-preußischen Hohenzollern-Monarchie. Staatliche Restriktionen gegenüber dem Katholizismus, zusammengefaßt unter dem Begriff "Kulturkampf", begannen bereits im Jahre 1871. Anstoß erregte nicht zuletzt das

Dogma von der Unfehlbarkeit bestimmter Formen päpstlicher Entscheidungen, das im Verlauf des Ersten Vatikanischen Konzils (Dezember 1869 bis Oktober 1870) gegen den Widerstand weiterer Kirchenkreise, nicht zuletzt auch des deutschen Raums, erlassen wurde und nun gleichsam zufällig in den Mittelpunkt der Kirchenversammlung geriet. Das vorzeitig vertagte Konzil behandelte lediglich zwei von 51 Dekretentwürfen und blieb daher - samt der überstürzten Verhandlung des Unfehlbarkeitsdogmas - ein Torso.

Das Zentrum erhielt während des Kulturkampfes Unterstützung von unvermuteter Seite. August Bebel, prokatholischer Sympathien gänzlich unverdächtig, ergriff während der dritten Lesung des Jesuitenausweisungsgesetzes am 19. Juni 1872 das Wort und brachte die tatsächlichen Hintergründe der Maßnahmen gegen die katholische Kirche auf den Punkt: "Der ganze Kampf ist, soweit die Religion in Frage kommt, nur ein Scheinkampf. In Wahrheit bedeutet er den Kampf um die Herrschaft im Staate. Für sie (die Bourgeoisie; Anm. der Verf.) ist die Religion nur Mittel zum Zweck, um die Autorität zu stützen, die sie braucht, und um in den Arbeitern willige Ausbeutungsobjekte zu erziehen. ... Man sagt, das Dogma von der Unfehlbarkeit sei staatsgefährlich. Das kann ich nicht einsahen. Schließlich stehen alle Dogmen mit der Wissenschaft und der gesunden Vernunft in Widerspruch und sind von diesem Gesichtspunkt ebenfalls staatsgefährlich. Man behauptet auch, der Jesuitismus sei unmoralisch. Der Staat hat aber allezeit verdammt wenig nach der Moral gefragt, und der Reichskanzler ist der letzte, dem diese Sorge macht. Was den Reichskanzler ärgert, ist daß man ihn in seiner Politik nicht für unfehlbar hält."

Trotz des massiven Drucks auf die Zentrumspartei und ihr nahestehende Organisationen - die christlichen Sozialvereine wurden mit dem Sozialistengesetz von 1878 verboten - avancierte das Zentrum bei den Reichstagswahlen des gleichen Jahres unter Führung des ehemaligen hannoveraner Justizministers Ludwig Windthorst zur stärksten Reichstagsfraktion, und auch in der Folgezeit behielt die Partei ihren politischen Einfluß. Obwohl das Zentrum seine konfessionelle Ghetto-Situation nicht aufzubrechen vermochte, suchte sie von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften.

#### Ein Träger der Demokratie in Deutschland

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und im Verlauf der revolutionären Ereignisse der Jahre 1918/19 verstärkten sich die bereits seit der Parteigründung bestehenden Zentrifugalkräfte zwischen liberal und konservativ orientierten Katholiken. Gleichwohl war es das Zentrum, das zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und der DDP die rechtliche Grundlage der ersten deutschen Republik, der Weimarer Reichsverfassung, formulierte und damit zu den Begründern und Trägern der Demokratie in Deutschland gehörte. In den folgenden Jahren übernahm das Zentrum in den Kabinetten Scheidemann, Bauer und Müller (SPD), Wirth (Zentrum), Stresemann (DVP) und Müller (SPD) mit den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung, gehörte aber auch Mitte-Rechts-Koalitionen mit DDP, DVP und der Bayerischen Volkspartei (BVP) an, die sich Anfang der 20er Jahre vom Zentrum abgespalten hatte. Die langfristige und erfolgreichste Zusammenarbeit zwischen Zentrum und SPD gelang auf Landesebene: Das Dauerbündnis unter Ministerpräsident Otto Braun in Preußen hielt - mit zwei kurzen Unterbrechungen 1921 und 1923 - zwölf Jahre, von 1920 bis 1932.

Daß sich die Wählerbasis des Zentrums erweiterte, zeigt die Analyse der Reichstagswahlergebnisse. Erhielt das Zentrum im Jahre 1874, auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes, 83 Prozent der Stimmen katholischer Wähler, halbierte sich dieser Anteil in der Folgezeit annähernd: 1933 gaben 43 Prozent der Katholiken dem Zentrum ihre Stimme. Die Partei blieb jedoch während der Weimarer Republik ein stabiler Faktor und gehörte zu den wenigen, die bis zu den letzten Reichstagswahlen am 5. März 1933 kontinuierlich zweistellige Wahlergebnisse aufzuweisen hatten. Bis zum letzten Jahr der Weimarer Republik war das Zentrum an allen Regierungen beteiligt, stellte in den vierzehn kurzlebigen Koalitionsregierungen zwischen 1920 und dem Beginn der Präsidialregierung des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning im März 1930 sieben Mal einen Reichskanzler: Konstantin Fehrenbach (1920/21), Joseph Wirth (zwei Regierungen 1921, 1921/22), und Wilhelm Marx (vier Regierungen 1923/24, 1924/25, 1926 und 1927/28).

Nicht anders als die übrigen Regierungschefs der Weimarer Zeit sahen sich die Reichskanzler des Zentrums erheblichen Problemen gegenüber: Innenpolitische Zerrissenheit, Schwäche der demokratischen Parteien, anhaltende Verweigerungshaltung der radikalen Flügelgruppierungen und die außenpolitische Hypothek des Ersten Weltkriegs und des Versailler Vertrags charakterisieren jene Phase. Trotz dadurch ausgelöster Regierungskrisen verstand es das Zentrum, seinen maßgeblichen politischen Einfluß zu erhalten: So scheiterten zwar die Kabinette Fehrenbach und Wirth an Reparationsfragen, das Zentrum erlitt 1924 einen Stimmenrückgang, ein Mißtrauensvotum gegen Wilhelm Marx Ende 1926 hatte im Reichstag Erfolg - die Dominanz der Zentrumspartei in den Nachfolgeregierungen aber konnte jedes Mal erhalten werden. Das Zentrum zeigte sich stets - wie es Karl Dietrich Bracher formulierte - "elastisch und anpassungsfähig nach links und rechts", blieb Brückenglied zwischen konsensunfähig erscheinenden Lagern.

Was war das Geheimnis jener bemerkenswerten Bündnisfähigkeit, die in der Forschung oft als Grundsatzlosigkeit apostrophiert wird?

Eine entscheidende Wurzel lag in der heterogenen Sozialstruktur der Partei, die sich quer durch alle Schichten zog. Der innerparteiliche Ausgleich erforderte eine Fähigkeit, die im polarisierten innenpolitischen Klima der Weimarer Republik zunehmend verloren ging: Kompromißfähigkeit, die sich auch auf das Verhältnis zu anderen politischen Kräften auswirkte und es ermöglichte, Annäherung zwischen verhärteten Fraktionen zu schaffen und damit die Handlungsfähigkeit der Exekutive zu gewährleisten. Der von ideologischer Einengung und parteipolitischer Fixierung losgelöste Gedanke des "Dienstes am Staat" hatte für die Zentrumspartei höchste Priorität.

Ihrer katholischen Orientierung wegen wurde das Zentrum vielfach als "Weltanschauungspartei" bespöttelt. Der damit umschriebene Wesenszug personifizierte sich deutlich in Wilhelm Marx, der - neben vier Amtszelten als Reichskanzler - von 1922 bis 1928 Vorsitzender der Zentrumspartei war. Immer wieder mahnnte er die Parteibasis, daß für den Christen das Bürgerrecht zuerst eine Bürgerpflicht im Gemeinwesen sein müsse. In diesem Sinne verteidigte Marx die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die auf heftigen Widerstand rechter Zentrumskreise stieß und droht als Verrat an der christlichen Sache empfunden wurde, als nationale "Inpflichtnahme". Nicht geringer war der Widerstand des linken Zentrumsflügels gegen eine Regierungsbeteiligung der DNVP: Innerparteiliche Belastungen und programmatische Zerreißproben waren das Ergebnis jener divergierenden Auffassungen.

So waren es nicht allein innen- und außenpolitische Krisensituationen, die das Zentrum endgültig aus demokratischer Regierungsverantwortung drängten. Vielmehr war es auch innerparteilicher Verschleiß, der zum Scheitern der einzigen vom Zentrum angeführten Mehrheitsregierung, der ohnedies brüchigen Koalition mit DNVP, DVP und BVP im März 1928 führte. Anlaß war der mißglückte Versuch, Einigung über den vom Zentrum vorgelegten Entwurf eines neuen Schulgesetzes zu finden, mit dem eine Wiedereinsetzung katholischer Konfessionsschulen in jenen Gebieten des Reichs durchgesetzt werden sollte, in denen Bekenntnisschulen abgeschafft worden waren. Die DVP brachte den Gesetzentwurf zu Fall, das Zentrum löste die Koalition auf. Die folgende Regierung Müller (SPD), als "Große Koalition" in die Geschichte der Weimarer Republik eingegangen, kam erst nach massiver Intervention Stresemanns und zunächst nur als Persönlichkeiten-Kabinett zustande; es dauerte ein Jahr, bis eine förmliche Koalition gebildet werden konnte. Auch sie scheiterte an einem nichtig erscheinenden Anlaß, einer geplanten geringfügigen Anhebung der Sätze für die Arbeitslosenversicherung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen angesichts steigender Beschäftigungslosigkeit.

Obwohl das parlamentarische System mit der in der Folge installierten Präsidentsregierung des Zentrumspräsidenten Heinrich Brüning faktisch endete, setzten zahlreiche Parteimitglieder, die die Krise des Parteienstaates erkannt hatten, Hoffnung in den neuen Reichskanzler, dem sie die Fähigkeit zur Stabilisierung in einer Zeit wachsender politischer und ökonomischer Probleme zutrauten.

#### Die Auflösung der Demokratie

Brünings "Zähmungs-Konzept" gegenüber Hitler und der NSDAP ging jedoch nicht auf - er war, um nochmals mit Karl Dietrich Bracher zu sprechen, nicht "der letzte Kanzler vor der Auflösung der Weimarer Republik, er war der erste Kanzler im Prozeß dieser Auflösung der deutschen Demokratie". Bereits während der Zeit der Großen Koalition hatte der neue Vorsitzende des Zentrums, Prälat Ludwig Kaas, für eine Notgemeinschaft plädiert, die als Zweckbündnis auch mit den Nationalsozialisten kooperieren könne. Staatstragender Gedanke und ambivalente Bündnisfähigkeit des Zentrums sollten sich in der Todesstunde der Weimarer Republik rächen: Statt ihre christlichen Grundwerte mit einem klaren Nein gegenüber den Nationalsozialisten zu dokumentieren, ging die Zentrumspartei den Weg der Anpassung, des vermeintlich "kleineren Übels" und stimmte dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zu. Mit jener zutiefst verabscheuenswerten und unpolitischen Entscheidung gegen eigene Grundüberzeugungen wurde das Zentrum mitschuldig an der Tragödie Deutschland - eine Tragödie mit Millionen Toten, Gefolterten und Geknechteten.

Spät, viel zu spät erkannten die Politiker des Zentrums, wie verhängnisvoll der eingeschlagene Weg war. Der Wahlauf Ruf katholischer Organisationen, dem Zentrum nahestehender Vereinigungen, vom 17. Februar 1933 machte die tatsächliche, aus bloßem Opportunismus nicht rechtzeitig artikulierte Haltung zu den neuen Machthabern deutlich: "Das Volk verwirrt, das Rechtsbewußtsein erschüttert, Haß, Feindschaft und Gewalttaten überall - das ist die Lage. Recht und Gerechtigkeit ist die Sehnsucht, die durch unsere Zeit geht. ... Wir hören stolze Worte von deutschem Geist, deutscher Treue, deutscher Freiheit und Ehre, wahren Christentum und reiner Religion. Deutsch ist nach unserer Überzeugung Treue gegenüber dem Schwur, den man der Verfassung leistet. Deutsch ist, die Freiheit lieben, auch die Freiheit des Gegners achten und Gewalttätigkeiten nicht straflos lassen." Ein letzter Aufschrei, der den Weg ins Verhängnis nicht aufhielt: Als letzte bürgerliche Partei der Weimarer Republik löste sich das Zentrum, dessen Wähler sich praktisch völlig resistent gegenüber der NSDAP gezeigt hatten, am 4./5. Juli 1933 auf.

Unter den Millionen Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie befanden sich nicht wenige ehemalige Zentrumanhänger - ein tragisches Beispiel, wo blinder Gehorsam gegenüber der Parteiführung enden kann.

\*\*\*

(Die Autorin setzt sich in einer Reihe von Artikeln, die in loser Reihenfolge erscheinen, mit der Weimarer Republik und ihrem Ende auseinander. Der erste Beitrag erschien am 16. Dezember unter dem Titel "Die Politik des kleineren Übels oder wie sich die Sozialdemokraten selbst den Atem nahmen" in diesem Pressedienst)

(-/9. Februar 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*